

Sachdokumentation:

Signatur: DS 2875

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/2875



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Ein liberaler Ansatz für die Beziehungen zu China nach der Pandemie



STEPHEN DAVIES, SYED KAMALL* • September 2020

Zusammenfassung

- Covid-19 hat eine grundlegende Neuausrichtung der Aussenpolitik der USA und Europas provoziert. Im Mittelpunkt steht dabei ein wandelndes Verhältnis zu China. Zwar gab es schon vor der Pandemie wachsende Bedenken gegenüber der Politik Pekings. Doch nun befürchten viele einen neuen Kalten Krieg.
- Diese Befürchtungen beruhen auf einem Missverständnis der Beweggründe Chinas: Anders als die Sowjetunion strebt China weder nach Hegemonie, noch will es sein politisches und wirtschaftliches System exportieren und anderen Nationen aufzwingen. Vielmehr strebt das Land danach, sowohl eine Modellnation zu werden, welcher die Entwicklungsländer nacheifern können, als auch der dominierende Regelsetzer im internationalen Handels- und Finanzsystem zu werden. Im Mittelpunkt steht dabei nicht die ideologische Bekehrung anderer Nationen, sondern ein Streben nach mehr Selbstbestimmung.
- Die Strategie des konstruktiven Engagements scheint nicht mehr zu funktionieren. Doch eine konfrontative Beziehung zu China könnte wirtschaftlich kostspielig und politisch gefährlich sein.
- Es gibt aber eine Alternative, die das Ziel einer freieren und friedlicheren Welt wirksamer fördern könnte: die sogenannte «Volksdiplomatie». Dabei handelt es sich um eine Strategie von klassisch-liberalen Friedensaktivisten, die zum Ziel hat, unter Umgehung der formellen diplomatischen Beziehungen mehr Kontakte auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu organisieren. Diese Strategie führt mit einer höheren Wahrscheinlichkeit zu sozialen und kulturellen Veränderungen, weil die Verbindungen und der direkte Austausch nicht nur auf der Ebene von Regierungen und grossen Firmen stattfinden.

* Stephen Davies ist Leiter der Bildungsabteilung am Institute of Economic Affairs (IEA) in London. Syed Kamall ist Forschungsleiter am IEA sowie Professor für Politik und internationale Beziehungen an der St. Mary's University in Twickenham.

Covid-19 hat nicht nur eine medizinische und wirtschaftliche Krise ausgelöst. Die Pandemie provoziert auch eine grundlegende Neuausrichtung der Außenpolitik sowohl der Vereinigten Staaten als auch Europas. Im Mittelpunkt stehen dabei die sich verändernden Beziehungen zu China. Wir bewegen uns – in der Terminologie der internationalen Beziehungen gesprochen – von einer Ära des «liberalen Internationalismus» hin zu mehr «Realismus», also zu konfrontativeren Beziehungen mit China.

Ist diese Entwicklung alternativlos? Oder gäbe es einen anderen Weg? Es ist wichtig, dass liberale Demokratien diese Fragen sorgfältig prüfen, da falsche Ansätze sowohl wirtschaftlich kostspielig als auch politisch gefährlich sein können. Sie könnten zu einem zweiten Kalten Krieg führen. Aber die Geschichte, auch die des ersten Kalten Krieges, legt nahe, dass es Alternativen zur Konfrontation und zum militärischen Wettbewerb gibt – eine, die das Ziel einer freieren und friedlicheren Welt wirksamer fördern könnte.

Reform und Öffnung

In den späten 1970er Jahren wurde Deng Xiaoping zum obersten Führer Chinas und leitete eine Reihe von Wirtschaftsreformen ein. In vielen Fällen handelte es sich bei diesen Massnahmen nicht um «top down»-Reformen. Vielmehr anerkannte und genehmigte die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) die bereits auf lokaler Ebene eingetretenen Veränderungen und gab diesen einen gesetzlichen Rahmen.

Den chinesischen Bauern wurden die individuelle Kontrolle und Verantwortung für ihre Produktion und ihre Gewinne zugestanden, was zu einer Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion führte. Viele Industrieunternehmen lösten sich von der zentralen staatlichen Kontrolle und Überwachung, so dass die Fabrikmanager das Produktionsniveau bestimmen und für ihre Unternehmen eine Wachstumsstrategie verfolgen konnten.

Indem er diese dezentralen und spontanen Transformationen akzeptierte die Bevölkerung dazu ermutigte, diesen Weg weiterzugehen, bewirkte Deng zwei Dinge. Erstens wuchs dadurch die chinesische Wirtschaft enorm. Zweitens, und das ist aus seiner Sicht wahrscheinlich noch wichtiger, stellte er sicher, dass sich die Transformation zum Vorteil der Partei gestaltete. Er ermöglichte es ihr, ihre Macht abzuschern. Paradoxerweise konnte er sogar die Kontrolle über die chinesische Gesellschaft verstärken.

Die Partei hatte sich auf eine Transformation der chinesischen Gesellschaft eingestellt. Sie konnte sie daher bis zu einem gewissen Grad lenken und damit ihre eigene Macht ausweiten. Die Hoffnungen westlicher Beobachter, die auf die wirtschaftliche Modernisierung als Hebel für die politische Modernisierung gesetzt hatten, haben sich nicht bewahrheitet. Dennoch bleibt die kommunistische Führung Chinas trotz ihres Erfolgs sowohl verwundbar als auch nervös.

In der Außenpolitik stärkte Deng die Handels- und Kulturbeziehungen Chinas mit dem Westen und ermöglichte ausländische Investitionen in chinesische Unter-

nehmen. Als Reaktion darauf verfolgten die Vereinigten Staaten und die europäischen Länder eine Politik der Unterstützung der dortigen Marktrefor-men und der un-eingeschränkten Zusammenarbeit mit China auf wirtschaftlicher Ebene, einschliess-lich der Aufnahme Chinas als Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO).

Offensichtlich ergaben sich daraus sowohl für China als auch für die westlichen Länder wirtschaftliche Vorteile. Aber es gab auch die Überzeugung, dass durch die Integration Chinas in die Weltwirtschaft und die Förderung des Austausch zwischen westlichen und chinesischen Firmen sowie Einzelpersonen auch eine Reihe nicht-wirtschaftlicher Vorteile folgen würden. Man ging davon aus, dass in dem Masse, wie in China eine Mittelschicht heranwachsen und sich der Lebensstandard verbessern würde, in Kombination mit dem zunehmenden Kontakt zur Aussenwelt und dem ge-stiegenen Bewusstsein für diese Aussenwelt, eine grössere Offenheit innerhalb Chi-nas selbst entstehen würde – was dann zu einem Druck für politische Veränderun-gen und zu einer stärkeren Liberalisierung führen würde. Märkte plus Wohlstand würden durch einen natürlichen Prozess zu mehr Freiheit und sogar zu einem demo-kratischeren politischen System führen. Diese Hoffnungen entstanden vielleicht in Anlehnung an Südkoreas Transformation von einer Militärdiktatur zu einer Demokratie in den 1980er Jahren. Dahinter stand eine Art wirtschaftlicher Determinismus, der davon ausging, dass die von oben eingeleitete marktwirtschaftliche Transformation automatisch auch einen sozialen und politischen Wandel herbeiführen würden.

Zweifel kommen auf

Was den Aspekt der internationalen Beziehungen anbelangt, ist die Einbindung Chinas in internationale und multilaterale Vereinbarungen und Institutionen wie die WTO am besten mit der Theorie des liberalen Internationalismus zu verstehen. Dieser Ansatz befürwortet Diplomatie und Multilateralismus als die geeignetsten Strate-gien, die von den Staaten verfolgt werden können, und betrachtet Konflikt und Kon-frontation als das letzte Mittel der Politik. Anhänger dieser Strategie setzen sich für internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die von ihnen geschaf-fenen Rechts- und Vertragswerke ein, die die Beziehungen zwischen den Staaten regeln.

In den letzten Jahren haben einige westliche Kommentatoren begonnen, die Frage zu stellen, ob diese Strategie wie erhofft funktioniere. Man zeigt sich zuneh-mend besorgt über die Unterdrückung interner Meinungsverschiedenheiten und Menschenrechtsverletzungen durch die chinesische Regierung, ihre aggressive Aussenpolitik und das demonstrative Wegsehen bei von Verletzungen geistiger Ei-gentumsrechte, Cyberattacken, Technologiespionage und Währungsmanipulation. Darüber hinaus hat sich die chinesische Führung geweigert, mit internationalen Gremien und Vereinbarungen in einer Weise zusammenzuarbeiten, die die Souve-ränität des chinesischen Staates einschränken (fairerweise muss man erwähnen, dass sie damit nicht alleine ist).

Es scheint, dass die Strategie des liberalen Internationalismus den Autoritarismus innerhalb Chinas nicht eingedämmt hat. Die Vereinten Nationen haben berichtet, dass mindestens eine Million ethnische Uiguren und andere Muslime in Lagern in der abgelegenen chinesischen Provinz Xinjiang festgehalten werden. Als Reaktion darauf wurde Grossbritannien zu einem führenden Kritiker, als sein Botschafter bei den Vereinten Nationen im Oktober 2019 im Namen von 23 Ländern vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen eine Erklärung abgab, in der er die Inhaftierung von Muslimen durch die chinesische Regierung verurteilte.

Dies veranlasste eine Gruppe von 54 Ländern, angeführt von Weissrussland, eine Gegenerklärung zur Unterstützung Chinas abzugeben. 37 Länder, darunter mehrere mehrheitlich muslimische Länder wie Saudi-Arabien, Syrien, Pakistan, Oman, Kuwait, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Bahrain, lobten Chinas Menschenrechtsbilanz in einem ähnlichen Schreiben. Dieser ausgeprägte Mangel an Solidarität mit ihren muslimischen Brüdern in China lässt sich wahrscheinlich durch die schlechte Menschenrechtsbilanz dieser Länder selbst, ihren Widerstand gegen westliche Länder, die die Menschenrechtsdebatte bestimmen, sowie durch die Besorgnis über Terrorismus und Extremismus erklären. In einem Brief zur Unterstützung Chinas vom Juli 2019 wurde die Regierung in Peking für «Massnahmen zur Terrorismusbekämpfung und Deradikalisierung in Xinjiang, einschliesslich der Einrichtung von Berufsbildungszentren» gelobt.

Ein weiterer Faktor, der zur Unterstützung Chinas in internationalen Foren beigetragen hat, war die geduldige Diplomatie der chinesischen Regierung beim Aufbau ihres Einflusses in der Welt. Im Jahr 2019 hat China die USA bei der Zahl der diplomatischen Vertretungen überholt. Die chinesische Regierung hat in den letzten Jahren auch andere Länder in ihre sogenannte «Belt and Road Initiative» (BRI) aufgenommen, die als «staatlich unterstützte Kampagne für eine globale Dominanz» beschrieben wurde. Andere Interpretationen sehen in der BRI einen «chinesischen Marshallplan», ein Konjunkturpaket für eine sich verlangsamende Wirtschaft oder eine massive Marketingkampagne für chinesische ausländische Direktinvestitionen.

Die Chinesen ziehen es vor, die BRI als eine neue Seidenstrasse zu sehen, die ein Netz von Eisenbahnen, Energiepipelines und Strassen in Richtung Westen über Zentralasien und Südostasien sowie Seewege entlang des Indischen Ozeans von Südostasien bis nach Ostafrika und Teilen Europas umfasst. Zwischen 60 und 70 Länder – die zwei Drittel der Weltbevölkerung ausmachen – haben sich angemeldet oder ihr Interesse bekundet. Die Gesamtkosten wurden auf über eine Billion US-Dollar geschätzt.

Die diplomatischen Vorteile der BRI werden von der diplomatischen Gemeinschaft zunehmend anerkannt. Ein westlicher Diplomat, dessen Land den Brief unterzeichnete, in dem Chinas Umgang mit den muslimischen Uiguren verurteilt wurde, sagte dass «China beginnt, einige Gefälligkeiten von seinen Investitionen zurückzufordern und dass dies erst der Anfang sei». Die BRI hat auch einen klaren strategischen und geopolitischen Zweck, der über alle wirtschaftlichen und diplomatischen Vorteile hinausgeht, da es die Möglichkeit der US-Marine einschränkt, Handels- und

Lieferwege zu unterbinden oder zu stören. Es hat somit gleichzeitig einen wirtschaftlichen, einen diplomatischen und einen geostrategischen Zweck.

Diese sich gegenüberstehenden Koalitionen bei den Vereinten Nationen und das geopolitische Manövrieren mögen an den Kalten Krieg erinnern, als der US-geführte Block mit dem sowjetisch geführten Block um die globale Hegemonie wetteiferte, was zu einem «realistischen» Kräfteverhältnis führte. Die realistischen Schulen der internationalen Beziehungen betrachten die internationale Politik als ein anarchisches Umfeld, die der Abwesenheit einer Weltregierung geschuldet ist. Die Staaten handeln demnach primär entsprechend ihren Eigeninteressen. Diese Anarchie hat das Potential, zu einem militärischen Konflikt zu eskalieren. Perioden relativen Friedens oder relativer Gewalt erklären sich aus den Interaktionen der mächtigeren Staaten im System. Kenneth Waltz, ein führender Realist, plädierte deshalb für ein bipolares System, für ein Gleichgewicht zwischen zwei Grossmächten, die sich gegenseitig in Schach halten und dadurch für Stabilität sorgen.

Während das Vorgehen der chinesischen Regierung in Xinjiang und anderswo zunehmend Kritik auf sich gezogen hat, hat ihr Verhalten in der Frühphase der Pandemie westliche Entscheidungsträger regelrecht in Wut versetzt. Ihr späteres Vorgehen hat den wachsenden Verdacht bestätigt, dass China sowohl in geopolitischer als auch in ideologischer Hinsicht eher eine Bedrohung als ein Partner ist. Diese Faktoren sowie das wachsende Gefühl der Frustration und Enttäuschung darüber, dass die Entwicklung der chinesischen Regierungsführung nicht wie erwartet verlaufen ist, führen nun zu einer ernsthaften Neubewertung.

Missmanagement in der Corona-Krise

Es besteht ein genereller Konsens darüber, dass China falsch auf den Ausbruch von Covid-19 reagiert hat. Nicht nur haben die chinesischen Behörden die Weltgesundheitsorganisation (WHO) zögerlich informiert. Einige Berichte deuten auch darauf hin, dass die chinesische Regierung versuchte, den Ausbruch zu vertuschen.

Anstatt Fehler im anfänglichen Umgang mit dem Ausbruch zuzugeben, hat die chinesische Regierung eine so genannte «Gesichtsmaskendiplomatie» eingeleitet, indem sie Pandemieexperten entsandte und medizinische Masken und Beatmungsgeräte in bedürftige Länder verschickte. Gleichzeitig sind chinesische Diplomaten immer aggressiver aufgetreten und beschuldigten Kritiker, ihre eigene schlechte Reaktion auf die Pandemie zu vertuschen.

Für das diplomatische Verhalten Chinas gibt es verschiedene Erklärungen. Eine davon ist das Konzept der «Gesichtswahrung». Es wird argumentiert, dass dies ein so wichtiger Teil der chinesischen Kultur sei, dass die chinesische Regierung keine Fehler eingestehen könne und sich anstatt dessen als Problemlöser inszenieren müsse. Daher auch ihren Enthusiasmus für den Versand von Ausrüstung, insbesondere in die Nachbarländer.

Eine weitere Erklärung ist, dass die chinesische Regierung nicht länger in einer unterwürfigen Position gesehen werden möchte und deshalb nun eine neue Generation von forscher auftretenden Diplomaten fördert. Diese diplomatische Aggressivität ging mit kriegerischen Aktionen von Chinas Militär- und Sicherheitsdiensten in Ost- und Südasiens einher. In den letzten Monaten rammte und versenkte ein chinesisches Schiff ein vietnamesisches Schiff in den umkämpften Gewässern des Südchinesischen Meeres; chinesische Forschungs-, Küstenwach- und Fischereischiffe begannen mit Vermessungsarbeiten in der Nähe einer Ölplattform vor der malaysischen Küste; die chinesische Regierung kündigte zwei Verwaltungseinheiten auf Inseln im Südchinesischen Meer an, die ebenfalls von Vietnam beansprucht werden; und die chinesische Luftwaffe ist zunehmend in den Luftraum Taiwans eingedrungen.

Im Juni tötete die chinesische Armee drei indische Soldaten – die ersten militärischen Opfer entlang der umstrittenen Grenze seit mehr als vier Jahrzehnten. In der Folge kam es zu noch schlimmeren Zusammenstößen, bei denen mindestens zwanzig indische und eine unbekannte Anzahl chinesischer Soldaten ums Leben kamen. Hinzu kommt, dass die chinesische Regierung in Hongkong ein neues nationales Sicherheitsgesetz ankündigte, das nach Ansicht von Kritikern das «Ein Land, zwei Systeme» Modell rückgängig machen soll, auf das man sich einigte, als Großbritannien 1997 die Souveränität an China zurückgab.

Ein neuer Kalter Krieg?

Diese Intensivierung der diplomatischen und militärischen Aktivitäten in einer Zeit, in der sich der Rest der Welt auf die Pandemie konzentriert, lässt einen neuen Kalten Krieg befürchten. Es besteht jedoch ein Unterschied zwischen dem oben beschriebenen realistischen Modell des multipolaren oder bipolaren Wettbewerbs und einem «Kalten Krieg». Bei Letzterem handelt es sich um eine Situation ideologischer Konkurrenz, wobei mindestens eine der konkurrierenden Mächte versucht, ihre Ideologie oder ihr politisches System zu verbreiten. Es ist dieses Element der Bekehrungstätigkeit, das den normalen Wettbewerb zwischen Staaten auf ein höheres Niveau hebt.

Kann der Kalte Krieg von 1948 bis 1989 daher mit den aufkeimenden Konflikten mit China verglichen werden? Chinas Aktivitäten in seiner Nachbarschaft lassen sich zum Teil durch eine gewisse defensive Haltung erklären, die aus der Entschlossenheit resultiert, sich nie wieder von ausländischen Mächten dominieren zu lassen. Die Erinnerungen an die Aktionen der Briten während der Opiumkriege und der japanischen Besetzungen sind noch frisch. Im Jahr 2019 veröffentlichte das Informationsbüro des chinesischen Staatsrats ein Weissbuch mit dem Titel «Chinas nationale Verteidigung in der neuen Ära», in dem es heisst, «Jahrhunderte lang wurde China von den westlichen Mächten missbraucht und mit unauslöschlichen Erinnerungen an das durch Krieg und Instabilität verursachte Leid zurückgelassen».

Anders als im Kalten Krieg, als die USA und die Sowjetunion um die Hegemonie wetteiferten, wird im Weissbuch ausdrücklich behauptet, dass «China niemals eine Hegemonie anstreben wird». Es erklärt: «Es war schon immer Chinas unerschütterlicher nationaler Wille, ein friedliches internationales Umfeld anzustreben, das seiner eigenen Entwicklung förderlich ist». Diese Behauptung passt in der Tat in das historische Muster der chinesischen Politik, die nie eine Form der direkten imperialen Herrschaft oder Hegemonie über entlegene Regionen oder Teile der Welt mit einer grossen Nicht-Han-Bevölkerung angestrebt hat. Die historische territoriale Ausdehnung Chinas in Gebiete wie Yunnan erfolgte in aneinander angrenzende Gebiete und war mit grossen Migrationsbewegungen verbunden, die ihre demographische Zusammensetzung in eine überwiegend hanisch Geprägte verwandelt.

Stattdessen ist das historische Muster eines der sogenannten tributpflichtigen Beziehungen zwischen China und den umliegenden Gebieten der Welt, wobei sich die Art dieser Beziehung mit der Vereinfachung der Kommunikation sowie der relativen Macht änderte. Dies wurde teilweise durch das System des «Tributhandels» verkörpert, das die chinesischen Handelsbeziehungen bis zum Aufkommen des europäischen Imperialismus in Ostasien im neunzehnten Jahrhundert regelte. Chinas Politik muss weniger als eine Wiedergeburt des westlichen oder sowjetischen Imperialismus und seines Hegemoniestrebens betrachtet werden, sondern vielmehr als eine Wiederbelebung der traditionellen Art und Weise, wie die internationalen Beziehungen in Ostasien und im Indischen Ozean einst organisiert wurden.

Die chinesische Führung versucht auch nicht, ihr eigenes politisches und wirtschaftliches System zu exportieren, indem andere Nationen mit einer Ideologie bekehrt werden, wie wir es bei der Sowjetunion gesehen haben. Es gibt kein Netzwerk von Parteien in der ganzen Welt, die versuchen, ihre eigenen Länder mit einer von China geförderten Ideologie in Einklang zu bringen. Auch versucht die chinesische Führung nicht, anderen Staaten Regierungen aufzudrängen, die ideologisch geistesverwandt sind – es sind Kunden, nach denen sie suchen, nicht Satelliten.

Was wir beobachten können, ist etwas Subtileres. Es gibt das Bestreben, die Modell- oder Musterschülernation zu werden, welcher andere nacheifern sollen, insbesondere wenn es sich um Entwicklungsländer handelt. Es gibt auch Bestrebungen, der dominierende Regelsetzer im internationalen Handels- und Finanzsystem zu werden und die USA und die EU in dieser Hinsicht zu verdrängen. Es geht hier also – einmal abgesehen von der ostasiatischen Region – nicht so sehr um Macht über andere Länder, sondern darum, frei von Regeln zu sein, die von anderen bestimmt werden.

In geopolitischer Hinsicht und wenn man China beim Wort nimmt, könnten Chinas Ambitionen eher im Kontext internationaler Unternehmenstheorien über ausländische Direktinvestitionen (ADI) gesehen werden, insbesondere im Zusammenhang mit der Suche nach Ressourcen und strategischen Vermögenswerten. Chinesische Firmen, sowohl staatseigene Unternehmen (SOEs) als auch Nicht-SOEs, die beide Verbindungen zu den höchsten Ebenen der Kommunistischen Partei Chinas haben, engagieren sich für ausländische Direktinvestitionen im Ausland, da sie nicht nur Zu-

gang zu Märkten, sondern auch zu Ressourcen – wie Rohstoffe oder qualifizierte Arbeitskräfte – und zu strategischen Vermögenswerten wie Technologie, Know-how und geistigem Eigentum benötigen.

Während China zu einem Nettoinvestor im Ausland wird, liegt das Interesse der chinesischen Regierung darin, «seine Auslandsinvestitionen zu schützen und den Marktzugang für seine Firmen zu erleichtern». Diese Beweggründe legen auch einen wichtigen Anreiz für die oben erörterte «Belt and Road Initiative» nahe. Dieses Modell ist mit der Idee einer Wiederbelebung des «tributpflichtigen» Systems vereinbar und weist Ähnlichkeiten mit der Art und Weise auf, wie dieses System historisch funktioniert hat, wie z.B. die Verbindung mit Handelsströmen und Auslandsinvestitionen.

Für die Zukunft müssen wir eine Entscheidung treffen

Auch wenn ein neuer Kalter Krieg wahrscheinlich nicht unmittelbar bevorsteht, ist es sicherlich richtig, dass Covid-19 eine radikale Neubewertung der Natur des chinesischen Staates und der angemessenen Reaktion der westlichen Aussenpolitik darauf hervorgerufen hat.

Die traditionelle Sichtweise der westlichen Theoretiker der Internationalen Beziehungen als eine Wahl zwischen einem realistischen Kräftegleichgewicht oder der Fortsetzung des gegenwärtigen liberalen Internationalismus beruht auf veralteten Annahmen und einem Missverständnis über Ausrichtung und Ziele der chinesischen Elite. China wird weiterhin seine eigenen Interessen verfolgen, so dass der Regierung vielleicht geglaubt werden sollte, wenn sie behauptet, sie sei nicht daran interessiert, eine Hegemonialmacht in einem ansonsten anarchischen internationalen System zu werden.

Eine Neubewertung der gegenwärtigen Annahmen kann dazu beitragen, einen zweiten Kalten Krieg zu vermeiden, der mit enormen wirtschaftlichen und politischen Kosten verbunden wäre. Es besteht auch die Gefahr, dass er tatsächlich den Autoritarismus nähren könnte, nicht nur in China, sondern auch in den liberalen Demokratien. Das Problem für diejenigen, die für liberale Prinzipien und Rechtsstaatlichkeit eintreten, besteht darin, dass diese durch eine anhaltendes und intensives Kräfte-messen untergraben werden, selbst wenn es nicht zu einem offenen Krieg kommt. Die Massnahmen, die aus Gründen der nationalen Sicherheit leicht zu ergreifen sind, verletzen dann oft Prinzipien wie die Rede- und Versammlungsfreiheit oder gesetzliche Verfahrensrechte. Der ursprüngliche Kalte Krieg schuf einen enormen Korpus von Sonderinteressen, wie z.B. den berüchtigten militärisch-industriellen Komplex, die sich hartnäckig halten, eine Eigendynamik entwickeln und sich schädlich auf die Praxis und die Institutionen der liberalen Demokratie auswirken.

Wenn China also nicht mehr als eine Expansionsmacht gesehen werden soll, wie denn sonst? Chinas Streben nach Ressourcen und strategischen Vermögenswerten gibt uns darauf einen Hinweis. Während zum Beispiel westliche Länder versuchen, an die ausländische Hilfe für afrikanische Länder Bedingungen betreffend

der Verfolgung von Zielen der guten Regierungsführung zu knüpfen, kommt die chinesische Hilfe nicht nur in Form von Kapital, sondern wird mit Ressourcen und Arbeitskräften kombiniert, um Infrastrukturprojekte zu realisieren, wobei keine Anforderungen an eine gute Regierungsführung gestellt werden. Im Gegensatz zu den Versuchen des Westens, mit ihren ausländischen Hilfsprogrammen das zu verbreiten, was Kritiker als ideologische Präferenzen erachten, erweckt die Strategie der chinesischen Regierung den Anschein einer Win-Win-Situation, indem sie Infrastruktur wie Strassen, Eisenbahnen und Kraftwerke zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung zur Verfügung stellt und im Gegenzug Zugang zu den Ressourcen erhält, die chinesische Unternehmen benötigen. Tatsächlich wurde das Konzept der Win-Win-Situation in den Richtlinien des elften Fünfjahresplans (2006-2010) der Volksrepublik China für die nationale wirtschaftliche und soziale Entwicklung ausdrücklich erwähnt.

Nichtsdestotrotz ist die Auslegung des Begriffs «Win-Win» umstritten. Die srilankische Regierung erklärte sich bereit, ihren Südhafen Hambantota im Rahmen eines Pachtvertrags mit einer Laufzeit von 99 Jahren an China zu übergeben, nachdem sie nicht in der Lage war, ihre Schulden gegenüber den staatlich kontrollierten chinesischen Einrichtungen zu begleichen. Constantino Xavier vom Carnegie Think Tank meinte, dies sei Teil einer bewussten Strategie, bei der Peking einen lokalen Partner davon überzeuge, «Investitionspläne zu akzeptieren, die ihrem Land langfristig schaden, und dann die Schulden dazu benutzt, entweder das Projekt ganz zu übernehmen oder politischen Einfluss in diesem Land zu erlangen». Im Gegensatz dazu sehen es die chinesischen Medien als Rettungsaktion für die srilankische Regierung, also immer noch eine Win-Win-Situation.

Der dritte Weg

Selbst wenn der Westen Chinas Aussenpolitik weiterhin unter den Bedingungen eines möglichen Kalten Krieges betrachtet, bedeutet dies nicht unbedingt, dass wir vor der einfachen Wahl zwischen Konfrontation auf der einen Seite und einer Fortsetzung der diskreditierten derzeitigen Zusammenarbeit stehen. Es gibt eine dritte Möglichkeit, sich dieser Herausforderung zu stellen, die einen Ausweg aus dem Dilemma bietet.

Die Liberalen des 19. Jahrhunderts nannten dies «Volksdiplomatie», eine Strategie, die von klassisch-liberalen Friedensaktivisten wie Joseph Sturge und Henry Richard entwickelt wurde. Der zentrale Gedanke war, dass man die formellen diplomatischen Beziehungen umgehen müsse, um die Beziehungen zwischen den Staaten zu verändern. Stattdessen förderten sie direkte Verbindungen und den Austausch zwischen Privatpersonen beider politischer Gemeinschaften. Die offiziellen Beziehungen zwischen den Regierungen sollen durch organisierte und informelle Kontakte zwischen Privatpersonen ergänzt werden. Dies würde Verbindungen und direkten Austausch zwischen den Bevölkerungen verschiedener Staaten schaffen, nicht nur zwischen Regierungen und grossen Firmen. Es geht um mehr als um formelle Diplomatie und um Handelsbeziehungen. Der Schwerpunkt liegt vielmehr auf

persönlichen Kontakten und dem Austausch von Ideen.

Dies geht über die Vorstellung hinaus, direktere Verbindungen und gegenseitiges Verständnis zu fördern. Dieser Austausch soll dazu dienen, Ideen zu verbreiten, Dissidenten und Oppositionelle im autoritären Staat zu stärken und zu ermutigen sowie die Sache der persönlichen Freiheit und derer, die sie verteidigen, zu unterstützen.

Sturge und andere arbeiteten die Idee und Praxis ursprünglich als Alternative zu der aggressiven und interventionistischen Aussenpolitik Palmerstons gegenüber den kontinentalen Monarchien aus, die sie als zu kriegerisch und auch kontraproduktiv empfanden. Die radikalen klassischen Liberalen jener Zeit teilten mit Palmerston den Wunsch nach einer breiteren Akzeptanz liberaler Institutionen und Prinzipien, glaubten aber, dass eine politische und militärische Konfrontation (und mehr noch eine militärische Intervention) absolutistische Regime tatsächlich stärken würde, indem sie die Interessen der Herrscher mit denen ihrer Untertanen in Einklang bringen und gleichzeitig die liberalen Institutionen im eigenen Land schädigen würden. Stattdessen ging es darum, bewaffnete Konflikte weniger wahrscheinlich zu machen, indem man die Zahl und Bedeutung privater Verbindungen erhöhte, während man gleichzeitig die Unterstützung liberaler Ideen verbreitete und indigenen und einheimischen Bewegungen für mehr Freiheit zur Seite stand.

Dies war auch die Politik der Sklaverei-Gegner in der amerikanischen Vorbürgerkriegs-Republik. In diesem Fall arbeiteten die Sklaverei-Gegner aus dem Norden mit Sympathisanten aus dem Süden zusammen, um entlaufene Sklaven zu unterstützen und um Literatur, die die «eigenartige Institution» angreift, sowohl unter den Sklaven als auch unter der weissen Bevölkerung zu verbreiten. Neben Massnahmen wie dem Schmuggel von Flugblättern und abolitionistischer Literatur in den Süden (Aktionen, die strengen strafrechtlichen Sanktionen unterlagen) gab es auch organisiertes Briefschreiben und die Verbreitung von Wissen durch Mundpropaganda.

Obwohl dies nicht immer so genannt wurde, war dies auch eine Strategie, die in den späteren Phasen des Kalten Krieges mit einigem Erfolg angewandt wurde. In den frühen 1980er Jahren schmuggelten antikommunistische Denker wie David Marsland und Roger Scruton Bücher, hielten Vorträge hinter dem Eisernen Vorhang und halfen politischen Flüchtlingen, das Bewusstsein für die Repression in ihren Heimatländern zu schärfen. Ein weiterer Aspekt waren organisierte Bemühungen zur Unterstützung von Dissidenten wie Vaclav Havel oder Andrej Sacharow und darüber hinaus zur Kontaktaufnahme mit normalen Bürgern in der Sowjetunion und anderen kommunistischen Staaten. Diese Art der Überzeugungsarbeit war privat und unabhängig von offiziellen Propagandaanstrengungen westlicher Regierungen.

Es ist klar, dass es eine tiefe ideologische Kluft zwischen dem gegenwärtigen chinesischen Regime und dem Westen gibt. Dies muss deutlich gemacht werden, indem man sich auf die spezifischen Punkte der Uneinigkeit konzentriert, anstatt den Anschein einer pauschalen Kritik an «China» oder «den Chinesen» zu erwecken, die der chinesischen Regierung Anlass gibt, ihre westlichen Kritiker des Rassismus zu beschuldigen. Möglicherweise muss es Einschränkungen für den sensiblen Handel

und eine entschiedeneren Reaktion auf Themen wie Chinas Politik in Xinjiang, die Unterdrückung in Hongkong und das Säbelrasseln gegen Taiwan und andere asiatische Nachbarn geben. Dies könnte durch ein Programm von Privatpersonen, Organisationen und Firmen im Westen mit ihren Kollegen in China ergänzt werden.

Diese Strategie mag durchaus risikobehaftet sein, insbesondere für bereitwillige Gesprächspartner in China, wie die Schliessung des Unirule Institute of Economics zeigt, das marktwirtschaftliche Theorien vertrat und Verbindungen zu US-Akademikern unterhielt. Dennoch wäre diese Art des zwischenmenschlichen Engagements auf privater Ebene insgesamt immer noch weitaus weniger riskant als eine offene militärische Konfrontation und dürfte auf längere Sicht mit grösserer Wahrscheinlichkeit zum Erfolg führen.

Insbesondere eine Strategie, die der «Volksdiplomatie» einen besonderen Platz einräumt, dürfte die ansonsten grosse Gefahr der Konsolidierung der internen Unterstützung für die KPCh innerhalb der chinesischen Bevölkerung abwenden, da sie sich ansonsten als Träger und Verteidiger des chinesischen Nationalstolzes und der Unabhängigkeit präsentieren kann. Darüber hinaus macht sie sich die zu Beginn dieses Briefings angedeutete Realität zunutze: Die KPCh hat erfolgreich den Tiger des spontanen wirtschaftlichen und sozialen Wandels von unten nach oben geritten und gelenkt – nicht zuletzt dadurch, dass sie ihre eigenen Interessen mit denen der breiteren Bevölkerung in Übereinstimmung gebracht hat. Dies ist eine Quelle grosser Stärke, aber auch eine Quelle der Verwundbarkeit. Organisierte Kontakte auf der Ebene der Zivilgesellschaft bieten die Möglichkeit, die Richtung der internen Entwicklungen zu beeinflussen, was für die derzeitigen politischen Machthaber schwieriger sein dürfte.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Dieser Beitrag ist zunächst beim Institute of Economic Affairs in London (<https://iea.org.uk/>) in englischer Sprache erschienen. Die Übersetzung und Publikation durch das Liberale Institut erfolgt mit freundlicher Genehmigung.

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.